

Art. 3. Het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 18 februari 2005 betreffende de benoeming door verandering van graad in de graad van attaché - categorie : deskundig van de kwalificatiegroep 2, wordt opgeheven.

Art. 4. De Minister van Ambtenarenzaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, 15 februari 2017.

De Minister-President,
R. DEMOTTE

De Minister van Hulpverlening aan de Jeugd, Justitiehuisen, Sport en Promotie van Brussel,
R. MADRANE

De Minister van Begroting, Ambtenarenzaken en Administratieve vereenvoudiging,
A. FLAHAUT

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE FRANÇAISE

[C – 2017/11075]

25 JANVIER 2017. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté française fixant les modalités de sélection et d'indemnisation des formateurs internes auprès de l'École d'administration publique et des services en charge de la formation. — Erratum

Dans l'arrêté du Gouvernement de la Communauté française du 25 janvier 2017 fixant les modalités de sélection et d'indemnisation des formateurs internes auprès de l'École d'administration publique et des services en charge de la formation publié au *Moniteur belge* du 21 février 2017, à la page 26945, dans l'article 10, il faut supprimer les mots « § 1^{er} » dans : « Art. 108/4, § 1^{er}. »

VERTALING

MINISTERIE VAN DE FRANSE GEMEENSCHAP

[C – 2017/11075]

25 JANUARI 2017. — Besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap tot vaststelling van de nadere regels voor de selectie en de vergoeding van de interne opleiders bij de "Ecole d'administration publique" (School voor overheidsbestuur) en de vormingsdiensten. — Erratum

In het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 25 januari 2017 tot vaststelling van de nadere regels voor de selectie en de vergoeding van de interne opleiders bij de "Ecole d'administration publique" (School voor overheidsbestuur) en de vormingsdiensten, dient in artikel 10, op bladzijde 26951, "Art. 108/4." gelezen te worden in plaats van "Art. 108/4. § 1."

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2017/201251]

23. JANUAR 2017 — Dekret zur Förderung des Tourismus (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret legt die Rahmenbedingungen fest für:

1. den Betrieb und die Einstufung touristischer Unterkünfte, die im deutschen Sprachgebiet gelegen sind;
2. die Bezuschussung von touristischen Organisationen;
3. die Bezuschussung von Initiativen zur Förderung des Tourismus.

Art. 2 - Allgemeine Bestimmung

Alle in diesem Dekret erwähnten

- Fristen sind in Kalendertagen ausgedrückt;
- Personenbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Tourist: jede Person, die sich zwecks Freizeitgestaltung, Entspannung, persönlicher Entwicklung, Berufsausübung oder wegen geschäftlicher Kontakte in einer anderen als ihrer täglichen Lebensumgebung befindet oder sich dorthin begibt;
2. Touristische Unterkunft: Einrichtung, die Touristen Übernachtungen gegen Entgelt anbietet und die auf dem Tourismusmarkt angeboten wird. Eine touristische Unterkunft gehört einer der in Artikel 9 erwähnten Kategorien an;

3. Auf dem Tourismusmarkt anbieten: das Anbieten einer touristischen Unterkunft unter gleich welcher Form, sei es durch Vermittlung, sei es auf selbstständiger Basis;
4. Vermittler: jede natürliche oder juristische Person, die gegen Bezahlung das Angebot touristischer Unterkünfte auf dem Markt vermittelt, die wirbt für eine touristische Unterkunft oder die Dienste anbietet, über die Betreiber touristischer Unterkünfte direkt in Kontakt mit Touristen kommen;
5. Betreiber: jede natürliche oder juristische Person, die eine touristische Unterkunft betreibt oder für deren Rechnung eine solche betrieben wird;
6. Dachverband: jede Einrichtung mit Rechtspersönlichkeit, die die touristischen Aktivitäten auf Ebene einer oder mehrerer Gemeinden koordiniert;
7. Verkehrsverein: jede Einrichtung, die seit mindestens einem Jahr unter gleich welcher Bezeichnung auf lokaler Ebene im Bereich des Tourismus aktiv ist und die von der Standortgemeinde eine Basisbezuschussung aufgrund des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhält;
8. Touristische Informationsstelle: frei zugänglicher lokaler Anlaufpunkt für Touristen, der von einer Gemeinde, einem Dachverband, einer Stiftung oder einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht eingerichtet und betrieben wird und der kostenlose und aktuelle Grundinformationen über die Region, den Ort sowie Unterkunftsinformationen bietet;
9. Camping: die Benutzung von nicht für den ständigen Verbleib angelegten mobilen Unterkünften, wie Zelte, Wohnwagen oder Wohnmobile, durch Touristen;
10. Inspektion: die in Artikel 25 erwähnte Inspektion.

KAPITEL 2 — *Organisation des Tourismus*

Art. 4 - Tourismusagentur

Die Regierung kann nur eine Einrichtung als Tourismusagentur der Deutschsprachigen Gemeinschaft fördern, die die Vermarktung des Tourismus, insbesondere der Destination Ostbelgien, sowie die Entwicklung von touristischen Produkten wahrnimmt.

Dazu gehören insbesondere:

1. alle Aktivitäten, die im weitesten Sinne in der Entwicklung touristischer Produkte und dem Tourismusmarketing liegen;
2. das Außenmarketing;
3. die Entwicklung und Realisierung von Pauschalangeboten;
4. die Marktbeobachtung und Trendanalyse im Bereich des Tourismus;
5. die enge Kooperation mit den benachbarten Regionen im In- und Ausland;
6. die Beratung der Regierung aus eigener Initiative oder auf Anfrage in allen tourismusrelevanten Fragen.

Art. 5 - Dachverbände

Zu den Aufgaben eines Dachverbands gehören insbesondere:

1. die Koordination der touristischen Aktivitäten in seinem Einzugsgebiet;
2. die Interessenvertretung des Horeca-Sektors seines Einzugsgebiets;
3. das Innenmarketing.

Ein Dachverband steht jeder natürlichen oder juristischen Person offen, die in dessen Einzugsgebiet im Bereich Tourismus tätig ist.

Art. 6 - Verkehrsvereine

Zu den Aufgaben eines Verkehrsvereins gehören insbesondere:

1. die Organisation lokaler touristischer Veranstaltungen;
2. die Bewerbung lokaler Initiativen;
3. das Innenmarketing;
4. der Unterhalt und/oder das Betreiben lokaler touristischer Infrastrukturen und Anlagen.

Wenn in der Standortgemeinde ein Dachverband besteht, schließt der Verkehrsverein sich diesem an.

Art. 7 - Touristische Informationsstelle

§ 1 - Jede touristische Informationsstelle:

1. bietet kostenfreie und aktuelle Grundinformationen über die Region und die Gemeinde(n) an;
2. bietet Kartenmaterial und Reiseführer zum Verkauf an;
3. ist gut beschildert und erkennbar; der Bezug zur Naturerlebnisregion Ostbelgien ist deutlich;
4. beschäftigt Personal, das mindestens eine Weiterbildung pro Jahr absolviert und das den Gästen in deutscher, französischer und niederländischer Sprache behilflich sein kann;
5. ist im Internet präsent mit mindestens den Öffnungszeiten, Kontaktangaben und einem Link zur Tourismusagentur Ostbelgien;
6. erstellt Besucherstatistiken gemäß den Vorgaben der Regierung;
7. ist in einem Gebäude untergebracht, das den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2007 zur Festlegung der Bestimmungen zur behindertengerechten Gestaltung von bezuschussten Infrastrukturen hinsichtlich der Zugänglichkeit entspricht.

§ 2 - Die Regierung stuft die touristischen Informationsstellen in eine der folgenden drei Kategorien ein:

1. Eine touristische Informationsstelle der Kategorie 1:

- a) verfügt für Empfang und Information der Touristen über Personalressourcen, die mindestens zwei Vollzeitäquivalentstellen entsprechen;
- b) organisiert sich als Markenkontaktpunkt der Naturerlebnisregion Ostbelgien und der Erlebniswelt. Das Informations- und Beratungsangebot deckt mehrere Gemeinden ab;
- c) ist in eigens dafür eingerichteten Räumlichkeiten untergebracht;
- d) verfügt über einen Innenraum mit Sitzmöglichkeiten, der so gestaltet ist, dass sich Personen mit eingeschränkter Mobilität bewegen können;
- e) verfügt über Sanitäreinrichtungen für Touristen mit mindestens einem Behinderten-WC;
- f) ist an mindestens 265 Tagen im Jahr geöffnet, auf jeden Fall freitags und samstags sowie in den Sommerferien auch sonntags und zu lokal wichtigen Veranstaltungen.

2. Eine Informationsstelle der Kategorie 2:

- a) verfügt für Empfang und Information der Touristen über Personalressourcen, die mindestens einer Vollzeitäquivalentstelle entsprechen;
- b) ist in eigens dafür eingerichteten Räumlichkeiten untergebracht;
- c) ist an mindestens 265 Tagen im Jahr geöffnet, auf jeden Fall freitags und samstags sowie in den Sommerferien auch sonntags und zu lokal wichtigen Veranstaltungen.

3. Eine Informationsstelle der Kategorie 3:

- a) verfügt für Empfang und Information der Touristen über Personalressourcen, die mindestens einer Halbzeitäquivalentstelle entsprechen;
- b) kann einer touristischen Anlaufstelle angeschlossen sein;
- c) ist an mindestens 110 Tagen im Jahr geöffnet, auf jeden Fall freitags und samstags sowie in den Sommerferien auch sonntags und zu lokal wichtigen Veranstaltungen.

Art. 8 - Vermittler

Die in Artikel 3 Nummer 4 erwähnten Vermittler teilen der föderalen Polizei, der Regierung oder der Inspektion auf schriftliche Anfrage die ihnen bekannten Angaben zum Betreiber der im deutschen Sprachgebiet gelegenen Unterkunft, die sie vermitteln oder für die sie werben, mit. Diese Angaben können im Rahmen von Stichproben oder bei vorliegenden Beschwerden ebenfalls angefragt werden, wenn Zweifel bestehen, dass die touristischen Unterkünfte den Bedingungen dieses Dekrets oder seiner Ausführungserlasse genügen.

KAPITEL 3 — *Touristische Unterkünfte*

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Art. 9 - Kategorien

Jede touristische Unterkunft gehört einer der folgenden Kategorien an:

1. Kategorie Hotel: touristische Unterkunft, in der sich außer der Wohnung des Betreibers keine Privatwohnung befindet und die mindestens Frühstück, die tägliche Reinigung der Zimmer und sanitären Einrichtungen sowie einen Empfangsdienst für die Gäste anbietet;
2. Kategorie Ferienwohnung: touristische Unterkunft, die autonome, in sich geschlossene, eingerichtete Wohneinheiten ohne Dienstleistungen anbietet;
3. Kategorie Bed & Breakfast: touristische Unterkunft, die nur für Gäste zugänglich ist und die Frühstücksmöglichkeiten sowie Reinigung anbietet;
4. Kategorie Gruppenunterkunft: touristische Unterkunft, die hauptsächlich von Gruppen, insbesondere in Verbindung mit einem Seminar-, Kongress-, Animations- oder Sportprogramm gebucht werden kann. Es ist keine Selbstversorgung möglich, Speisen und Getränke werden ausschließlich Hausgästen angeboten;
5. Kategorie Campingplatz: Gelände, das regelmäßig oder gelegentlich für das Camping durch mehr als zehn Personen gleichzeitig genutzt wird oder mit mehr als fünf mobilen Unterkünften besetzt ist, auch wenn sich auf dem Gelände zusätzlich feste Unterkünfte, wie Chalets, Bungalows oder Hütten befinden, die mit Ausnahme des Familienwohnsitzes der Betreiber nicht für den ständigen Verbleib angelegt sind, und die Eigentum des Betreibers oder des Eigentümers des Campingplatzes sind;
6. Saisonale Unterkünfte: Unterkünfte, die temporär angelegt sind und nur je nach Saison angeboten werden.

Die Regierung kann für die in Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Campingplätze eine Quote für Durchgangscamping festlegen.

Art. 10 - Campingverbote

§ 1 - Camping auf öffentlichen Wegen ist während höchstens acht aufeinanderfolgenden Stunden zulässig.

§ 2 - Darüber hinaus ist Camping außerhalb von Campingplätzen ausschließlich punktuell und vorübergehend sowie mit dem vorherigen schriftlichen Einverständnis des Bürgermeister im Rahmen von sportlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Veranstaltungen erlaubt.

Die Gemeinden tragen dafür Sorge, dass alle Voraussetzungen zur Gewährleistung der Hygienebedingungen, der Sicherheit, der öffentlichen Ruhe und des einwandfreien Zustands der Örtlichkeiten erfüllt sind.

§ 3 - In einem Umkreis von hundert Metern um Quelfassungen, die für den Trinkwasserverbrauch bestimmt sind, ist Camping untersagt. Dieses Verbot wird der Öffentlichkeit mittels Hinweisschildern bekanntgegeben, die von den Gemeinden angebracht werden.

Art. 11 - Allgemeine Betriebsbedingungen

§ 1 - Eine im deutschen Sprachgebiet gelegene touristische Unterkunft darf nur betrieben werden, wenn außer den gegebenenfalls von der Regierung festgelegten Anforderungen je nach Kategorie, folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. die touristische Unterkunft ist mittels des dazu vorgesehenen Formulars registriert;

2. die touristische Unterkunft genügt den von der Regierung pro Kategorie festgelegten spezifischen Sicherheitsnormen;
3. die für Touristen zugänglichen Räume der touristischen Unterkunft befinden sich in einem sauberen und gut unterhaltenen Zustand;
4. der Betreiber verfügt über eine Versicherung zur Deckung der Zivilhaftpflicht für alle von ihm selbst oder seinen Angestellten verursachten Schäden;
5. der Betreiber oder die mit der täglichen Geschäftsführung des Betriebs beauftragte Person wurde nicht in Belgien oder im Ausland für ein oder mehrere der in Buch II Titel VII Kapitel V, VI und VII, Titel VIII Kapitel I, IV und VI sowie Titel IX Kapitel I und II des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Vergehen rechtskräftig verurteilt, außer wenn das Urteil bedingt war und der Betroffene das Recht auf Strafaufschub nicht verloren hat;
6. wenn der Betreiber nicht Eigentümer der Infrastruktur ist, liegt das Einverständnis des Eigentümers mit der Nutzung als touristische Unterkunft vor.

Die Regierung kann jederzeit die Vorlage der entsprechenden Unterlagen verlangen.

§ 2 - Eine Übernahme des Betriebs oder des Eigentums der Immobilie ist der Regierung binnen drei Monaten mitzuteilen.

Abschnitt 2 — Einstufung

Art. 12 - Antrag

§ 1 - Der Betreiber einer touristischen Unterkunft kann bei der Regierung eine Einstufung seines Betriebs gemäß den Bestimmungen dieses Dekrets beantragen.

Die Regierung legt anhand der in Artikel 9 festgelegten Definitionen die Kategorien fest. Nach erfolgreicher Einstufung erhält der Betreiber ein seiner Kategorie und Komfortstufe entsprechendes Kennschild.

§ 2 - Die erteilte Einstufung gilt für einen unbegrenzten Zeitraum.

Art. 13. Verfahren

§ 1 - Der Antrag auf Einstufung einer touristischen Unterkunft wird auf dem dazu bestimmten Formular bei der Regierung eingereicht und enthält mindestens:

1. Angaben zur Identität des Antragstellers;
2. Angaben zur Lage, Größe und Ausstattung des Betriebs;
3. gegebenenfalls die Unternehmensnummer.

Die Regierung übermittelt dem Antragsteller binnen zehn Tagen nach Erhalt des Antrags eine Empfangsbestätigung oder teilt ihm mit, welche Unterlagen nachzureichen sind. Anderenfalls gilt der eingereichte Antrag als vollständig.

§ 2 - Nach Erhalt des vollständigen Antrags erfolgt nach Terminabsprache eine Inspektion vor Ort.

Spätestens 60 Tage nach diesem Inspektionsbesuch entscheidet die Regierung über die Einstufung der touristischen Unterkunft und händigt dem Betreiber ein entsprechendes Kennschild aus.

Die Entscheidung der Regierung wird dem Antragsteller per Einschreiben mitgeteilt.

Art. 14 - Änderung der Einstufung

§ 1 - Die Einstufung einer touristischen Unterkunft kann nach Vorlage eines Inspektionsberichts verändert werden, wenn der Betrieb den jeweiligen Bedingungen nicht mehr entspricht.

Der mit Gründen versehene Antrag auf Neu-Einstufung ist an die Regierung zu richten, die binnen zehn Tagen eine Empfangsbestätigung ausstellt oder zusätzliche Auskünfte anfragt. Anderenfalls gilt der eingereichte Antrag als vollständig.

Bei einer beabsichtigten Abstufung durch die Regierung wird das Vorhaben dem Betreiber per Einschreiben mitgeteilt, in dem ihm eine angemessene Frist von höchstens zwölf Monaten eingeräumt wird, um die festgestellten Unzulänglichkeiten zu beheben.

§ 2 - Nach Erhalt des vollständigen Antrags bzw. nach der in Paragraph 1 Absatz 3 vorgesehenen Frist erfolgt eine Inspektion vor Ort. Die Inspektion unterbreitet dem Betreiber einen Vorschlag in Bezug auf die Einstufung. Dieser kann binnen 30 Tagen seine Einwände geltend machen und verlangen, von der Regierung angehört zu werden.

Die Regierung entscheidet binnen 30 Tagen nach der in Absatz 1 erwähnten Einspruchsfrist bzw. nach der Anhörung über die Einstufung. Liegt binnen dieser Frist keine Entscheidung vor, gilt der Einspruch als angenommen.

Die Entscheidung der Regierung wird dem Antragsteller per Einschreiben mitgeteilt.

§ 3 - Der Betreiber einer eingestuftten touristischen Unterkunft kann der Regierung jederzeit seinen Verzicht auf die Einstufung mitteilen.

Art. 15 - Kennschild

Bei Verzicht auf die Einstufung, Veränderung der Einstufung oder bei Schließung der touristischen Unterkunft ist das Kennschild mit der Verzichtserklärung oder binnen zehn Tagen nach Erhalt der Entscheidung an die Regierung zurückzuschicken.

Abschnitt 3 — Sicherheitsbescheinigung

Art. 16 - Grundsatz

Der Bürgermeister der Gemeinde, in der die touristische Unterkunft gelegen ist, stellt eine Sicherheitsbescheinigung aus, die bestätigt, dass die Unterkunft die ihrer Kategorie entsprechenden spezifischen Sicherheitsnormen erfüllt.

Art. 17 - Gültigkeit

Die Sicherheitsbescheinigung ist für alle Kategorien mindestens fünf Jahre gültig und kann erneuert werden. Die Regierung kann für einzelne Kategorien eine längere Gültigkeitsdauer der Sicherheitsbescheinigung festlegen.

In Abweichung von Absatz 1 ist jedes Mal eine neue Bescheinigung zu beantragen:

1. bei Umänderungen, für die eine Städtebaugenehmigung erforderlich ist;

2. wenn das Gebäude, die Ausstattung oder die Anlage Änderungen erfahren haben, die die Sicherheit beeinflussen können, insbesondere bei:

- a) der Schaffung neuer Räume;
- b) Änderungen der Fluchtwege und/oder der Trasse dieser Fluchtwege;
- c) großen Arbeiten zur Anlage von Personen- und/oder Lastaufzügen;
- d) Installationen oder Veränderungen eines Gas- und/oder Elektrizitätsnetzes.

Art. 18 - Antrag

Der Antrag auf Erhalt der Sicherheitsbescheinigung ist per Einschreiben auf dem dazu vorgesehenen Formular an den zuständigen Bürgermeister zu richten oder gegen Empfangsbestätigung abzugeben.

Der Bürgermeister übermittelt dem Antragsteller binnen zehn Tagen nach Erhalt des Antrags eine Empfangsbestätigung oder teilt ihm mit, welche Unterlagen nachzureichen sind. Anderenfalls gilt der eingereichte Antrag als vollständig.

Der Bürgermeister entscheidet innerhalb von 75 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags, dem gegebenenfalls ein durch die zuständigen Behörden oder Dienste ausgestelltes Brandschutzgutachten beigefügt ist. Liegt binnen dieser Frist keine Entscheidung vor, gilt die Bescheinigung als erteilt.

Die Entscheidung des Bürgermeisters wird dem Antragsteller mit einer Kopie des Brandschutzgutachtens per Einschreiben zugestellt.

Art. 19 - Bedingte Bescheinigung

Der Bürgermeister kann in begründeten Fällen eine bedingte Sicherheitsbescheinigung ausstellen. Diese präzisiert ausdrücklich die spezifischen Vorschriften, von denen abgewichen werden darf, und gegebenenfalls den Zeitraum, für den die Abweichung gewährt wird.

Der Bürgermeister entzieht die Bescheinigung, wenn er feststellt, dass die Auflagen nach Ablauf der gewährten Frist nicht erfüllt sind.

Die Entscheidung des Bürgermeisters zum Entzug der bedingten Bescheinigung wird dem Antragsteller und der Regierung per Einschreiben mitgeteilt.

KAPITEL 4 — *Bezuschussung*

Art. 20 - Subvention der Tourismusagentur

Die in Artikel 4 erwähnte Tourismusagentur erhält zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine jährliche Subvention, die im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt wird.

Art. 21 - Initiativen zur Förderung des Tourismus

§ 1 - Dachverbänden und Verkehrsvereinen können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse für besondere und innovative Initiativen mit ausgeprägtem touristischem und regionalem Charakter gewährt werden.

Dazu gehören insbesondere Initiativen, die dazu beitragen:

1. das touristische Profil der Naturerlebnisregion Ostbelgien oder der Erlebniswelten zu unterstützen;
2. das touristische Profil einer Gemeinde oder Ortschaft zu unterstützen;
3. die Vermarktung der Rad- und Wanderwegen zu unterstützen;
4. die Themen Sprache, Natur, Kulinarik oder Brauchtumpflege und -vermittlung in Szene zu setzen.

Als innovativ gilt eine Initiative, die unter gleich welcher Bezeichnung nicht mehr als dreimal durchgeführt wurde.

§ 2 - Der Zuschuss beträgt höchstens 50% der annehmbaren Ausgaben. Die Regierung kann für die in Paragraph 1 aufgeführten Initiativen eine jährliche Höchstsumme festlegen.

Art. 22 - Touristische Informationsstellen

§ 1 - Die touristischen Informationsstellen erhalten je nach Kategorie einen jährlichen Pauschalzuschuss für Funktions- und Personalkosten von höchstens:

- Kategorie 1: 30.000 Euro;
- Kategorie 2: 22.000 Euro;
- Kategorie 3: 6.500 Euro.

Die Regierung kann diese Beträge zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multiplizieren.

Die Regierung kann zusätzlich berufsrelevante Weiterbildungen des vertraglich beschäftigten Personals bezuschussen.

§ 2 - Zuschüsse werden nur in Höhe der belegten annehmbaren Ausgaben gezahlt.

Die Regierung bestimmt die Art der Unterlagen, die zwecks Bewilligung und Kontrolle der Verwendung der Zuschüsse einzureichen sind, und die Fristen, in denen sie einzureichen sind.

Wenn der Antrag auf Zuschussung bis zum 31. März eingereicht wurde, hat die Informationsstelle Anrecht auf einen Zuschuss im Jahr der Antragstellung. Anderenfalls entsteht das Anrecht auf Zuschussung ein Jahr später.

Art. 23 - Ausrüstungsgegenstände

§ 1 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung Dachverbänden, Verkehrsvereinen und Trägern von touristischen Informationsstellen Zuschüsse für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen gewähren, die nicht zu einer Infrastruktur gehören. Diese Zuschüsse sind dazu bestimmt, einen Teil der Kosten für die Erneuerung oder Erweiterung der Grundausrüstung zu decken.

Zuschüsse für Ausrüstungsgegenstände werden nur gewährt, wenn:

1. vor jeder Bestellung oder jedem Ankauf das Einverständnis der Regierung eingeholt wurde;

2. der Antragsteller sich schriftlich dazu verpflichtet:

- a) die bezuschussten Gegenstände während fünf Jahren ab dem Tag der Auszahlung der Zuschüsse weder gegen Bezahlung noch unentgeltlich abzutreten;
- b) der Regierung jederzeit die Überprüfung der Angaben zu ermöglichen und Einsicht in alle diesbezüglichen Unterlagen zu gewähren;
- c) die Regierung unverzüglich über seine Auflösung zu informieren.

§ 2 - Der Zuschuss für Ausrüstungsgegenstände beträgt höchstens 50 % der Kosten mit einer jährlichen Höchstsumme von 2.500 Euro.

Dem Antrag sind eine Begründung sowie nach Möglichkeit drei Kostenvoranschläge beizufügen.

KAPITEL 5 — Kontroll- und Strafbestimmungen

Art. 24 - Beschwerden

Wenn bei der Regierung eine Beschwerde in Bezug auf eine touristische Unterkunft eingelegt wird, bestätigt sie deren Empfang und beauftragt die Inspektion mit der Überprüfung des Sachverhalts. Nach Abschluss der Inspektion informiert die Regierung den Urheber der Beschwerde über deren Ergebnis.

Beschwerden sind nur zulässig, wenn sie von Personen eingereicht werden, die ein berechtigtes Interesse nachweisen können.

Art. 25 - Inspektion

§ 1 - Die im vorliegenden Dekret erwähnten touristischen Unterkünfte unterliegen der Aufsicht der von der Regierung bestellten Inspektoren. Die Inspektoren sind damit beauftragt, Verstöße gegen dieses Dekret und seine Ausführungserlasse festzustellen und in einem Protokoll festzuhalten.

Die mit der Aufsicht beauftragten Inspektoren dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse eingehalten werden. Sie können:

1. alle Personen zu Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung der Überwachung nützlich ist;
2. sich an Ort und Stelle alle durch das vorliegende Dekret und seine Ausführungserlasse vorgeschriebenen Bücher und Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Abzüge davon anfertigen;
3. in alle Bücher und Unterlagen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig sind, Einsicht nehmen;
4. alle Räume der touristischen Unterkunft, die nicht als Wohnung dienen oder durch Gäste belegte Zimmer sind, von 5 Uhr bis 21 Uhr einsehen;
5. mit dem Einverständnis aller volljährigen Bewohner bzw. aller volljährigen Gäste die in Nummer 4 erwähnten Wohnungen bzw. Zimmer einsehen;
6. in Ausübung ihres Amtes den Beistand der lokalen oder föderalen Polizei beantragen;
7. unter Einhaltung der in den Nummern 4 und 5 vorgesehenen Bedingungen die Untersuchungen und Kontrollen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung des Betreibers der touristischen Unterkunft oder seines Vertreters vornehmen. In diesem Fall erhält der Betreiber anschließend eine unverzügliche Mitteilung.

Das Protokoll gilt bis zum Beweis des Gegenteils.

§ 2 - Die Regierung kann externe Sachverständige unter der Aufsicht der Inspektoren mit der Untersuchung und Begutachtung von touristischen Unterkünften beauftragen. In diesem Fall unterstützen die beauftragten Sachverständigen die Inspektoren bei der Ausübung ihrer in Paragraph 1 erwähnten Befugnisse.

§ 3 - Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof.

§ 4 - Die Inspektion gewährleistet die Vertraulichkeit von Fakten, Daten und Betriebsgeheimnissen, von denen sie in Ausübung ihres Aufsichts- und Kontrollauftrags erfahren hat.

Art. 26 - Verwaltungsstrafen

§ 1 - Eine Verwaltungsstrafe von 250 bis zu 25.000 Euro wird dem auferlegt, der:

1. eine touristische Unterkunft entgegen der Vorschriften der Artikel 10 und 11 betreibt;
2. eines der in Artikel 12 erwähnten Kennschilder verwendet, das nicht der Einstufung der touristischen Unterkunft entspricht;
3. Werbung für eine touristische Unterkunft mit einer falschen Einstufung betreibt;
4. die in Artikel 25 vorgesehene Inspektion verweigert oder behindert.

§ 2 - Die Regierung verfügt über eine Frist von sechs Monaten ab Erhalt des in Artikel 25 § 1 Absatz 1 erwähnten Protokolls, um eine Strafe aufzuerlegen.

Die Regierung trifft ihre Entscheidung, nachdem sie dem Betroffenen die Möglichkeit eingeräumt hat, angehört zu werden. Wenn eine Verwaltungsstrafe auferlegt wird, enthält der Beschluss Angaben über den zu zahlenden Betrag, die Zahlungsweise und -frist.

Der Beschluss der Regierung wird dem Betroffenen per Einschreiben mitgeteilt.

Der Betroffene verfügt über eine Frist von 60 Tagen, um gegen den Beschluss einen Einspruch vor dem Gericht Erster Instanz zu erheben. Teil IV Buch II Titel Vbis des Gerichtsgesetzbuchs ist anwendbar. Ein ordnungsgemäß erhobener Einspruch setzt die Ausführung des Beschlusses aus.

Bei Auferlegung einer Verwaltungsstrafe kann die Regierung oder das Gericht Erster Instanz, je nach Fall, mildernden Umständen Rechnung tragen, um die Strafe gegebenenfalls zu verringern.

Wenn binnen fünf Jahren nach Erstellung des in Artikel 25 § 1 Absatz 1 erwähnten Protokolls ein neuer Verstoß festgestellt wird, werden die in Paragraph 1 erwähnten Strafen verdoppelt.

Art. 27 - Einforderung

Die Regierung bestellt die mit der Eintreibung der unstrittigen und fälligen Verwaltungsstrafen sowie der eventuell entstandenen Eintreibungskosten beauftragten Personen.

Die in Absatz 1 erwähnten Personen sind dazu befugt:

1. einen Zahlungsbefehl auszustellen;
2. den Zahlungsbefehl zu visieren, für vollstreckbar zu erklären und dem Betroffenen per Gerichtsvollzieher zuzustellen;
3. den Schuldnern, die eine besondere Notlage nachweisen können, einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zu gewähren.

Wenn die Lage des gutgläubigen Schuldners es rechtfertigt, kann die Regierung einen Vergleich mit ihm schließen.

Art. 28 - Strafbestimmung

Wenn eine touristische Unterkunft entgegen den Bestimmungen dieses Dekrets oder seiner Ausführungserlasse auch nach Auferlegung einer Verwaltungsstrafe weiter betrieben wird, ohne die festgestellten Missstände, die Anlass für die Verwaltungsstrafe waren, zu beheben, erstellt die Inspektion gemäß Artikel 25 § 1 ein Protokoll und übermittelt die Akte dem zuständigen Gericht, das die Schließung des Betriebs bzw. die Räumung des Geländes anordnet.

Absatz 1 gilt unbeschadet der Befugnisse des zuständigen Bürgermeisters, aufgrund der Artikel 134 bis 134sexies des neuen Gemeindegesetzes vom 24. Juni 1988, eine sofortige Schließung der Unterkunft bzw. Räumung des Geländes anzuordnen.

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen***Art. 29 - Auftrag an die Regierung**

Die Regierung erlässt die Bestimmungen in Bezug auf:

1. die Normen und das Verfahren zur Bezuschussung der in den Artikeln 4 bis 7 erwähnten Akteure;
2. die Mindeststandards für den Betrieb von touristischen Unterkünften;
3. die Kriterien für die Einstufung von touristischen Unterkünften je nach Kategorie;
4. das Kennschild, das den Betreibern von touristischen Unterkünften ausgehändigt wird;
5. die für touristische Unterkünfte geltenden spezifischen Sicherheitsnormen;
6. das Modell der Sicherheitsbescheinigung;
7. das Verfahren zur Erlangung einer Abweichung von den Sicherheitsbestimmungen;
8. die Kennkarte der Inspektoren;
9. die Frist und die Zahlungsmodalitäten der Verwaltungsstrafen.

Art. 30 - Aufhebungsbestimmung

Sind aufgehoben:

1. das Dekret vom 23. November 1992 über Ferienwohnungen, Gästezimmer und Bed and Breakfast;
2. das Dekret vom 9. Mai 1994 über Hotels und Hotelbetriebe;
3. das Dekret vom 9. Mai 1994 über Camping und Campingplätze;
4. das Dekret vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Infopunkte.

Art. 31 - Übergangsbestimmung

Die aufgrund des vorliegenden Dekrets auszahlenden Zuschüsse ersetzen alle Leistungen, die den Zuschussempfängern aufgrund vorher geltender Zuschussverfahren zustehen.

Die in Artikel 7 § 1 Nummer 7 vorgeschriebenen Bedingungen sind spätestens am 1. Januar 2022 zu erfüllen.

Art. 32 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 23. Januar 2017

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2016-2017

Nummerierte Dokumente: 147 (2016-2017), Nr. 1 Dekretentwurf.

147 (2016-2017), Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge.

147 (2016-2017), Nr. 5 Bericht.

Ausführlicher Bericht: 23. Januar 2017 - Nr. 35 Diskussion und Abstimmung.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2017/201251]

23 JANVIER 2017. — Décret visant à promouvoir le tourisme (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}.** Champ d'application

Le présent décret fixe les conditions-cadres pour :

- 1° l'exploitation et la classification d'hébergements touristiques implantés en région de langue allemande;
- 2° le subventionnement d'organismes touristiques;
- 3° le subventionnement d'initiatives promouvant le tourisme.

Art. 2. Dispositions générales

Dans ce décret,

- tous les délais mentionnés sont calculés en jours calendrier;
- toutes les qualifications de personnes s'appliquent aux deux sexes.

Art. 3. Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° touriste : toute personne qui, pour le loisir, la détente, le développement personnel, la profession ou les affaires, se rend ou séjourne dans un environnement autre que son environnement quotidien;

2° hébergement touristique : tout établissement proposé sur le marché touristique et offrant aux touristes la possibilité de loger contre rémunération. Tout hébergement touristique est classé dans une des catégories mentionnées à l'article 9;

3° proposer sur le marché touristique : la proposition d'un hébergement touristique sous quelque forme que ce soit, soit par médiation, soit sur base indépendante;

4° intermédiaire : toute personne physique ou morale qui, contre paiement, commercialise l'offre d'hébergements touristiques, fait de la promotion pour un hébergement touristique ou offre les services par lesquels les exploitants d'hébergements touristiques entrent directement en contact avec les touristes;

5° exploitant : toute personne physique ou morale qui exploite un hébergement touristique ou pour le compte de laquelle un hébergement touristique est exploité;

6° association faîtière : tout organisme ayant la personnalité juridique qui coordonne les activités touristiques au niveau d'une ou plusieurs communes;

7° syndicat d'initiative : tout organisme qui, depuis un an au moins et sous quelque dénomination que ce soit, est actif dans le secteur touristique au niveau local et reçoit de la commune où il est implanté un subventionnement de base en vertu du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone;

8° centre d'information touristique : point local pour l'accueil de touristes, qui est accessible librement, est installé et exploité par une commune, une association faîtière, une fondation ou une association sans but lucratif et propose des informations de base gratuites et actualisées sur la région, la localité ainsi que des informations sur les possibilités d'hébergement;

9° camping : l'utilisation, par les touristes, d'hébergements mobiles non conçus pour servir d'habitation permanente tels que des tentes, des caravanes ou des motorhomes;

10° Inspection : l'inspection mentionnée à l'article 25.

CHAPITRE 2. — *Organisation du tourisme***Art. 4.** Agence du tourisme

Le Gouvernement ne peut soutenir qu'un seul organisme au titre d'Agence du tourisme de la Communauté germanophone, qui assure la commercialisation du tourisme, notamment la destination "Belgique de l'Est", ainsi que le développement de produits touristiques.

Il s'agit entre autres :

1° de mener toutes les activités qui, au sens large, consistent à développer des produits touristiques et à faire du marketing touristique;

2° de faire du marketing externe;

3° de développer et concrétiser des offres forfaitaires;

4° d'observer le marché et analyser les tendances en matière de tourisme;

5° de coopérer étroitement avec les régions limitrophes, tant à l'intérieur qu'à l'extérieur du pays;

6° de prodiguer, de sa propre initiative, des conseils au Gouvernement à propos de toutes les questions relatives au tourisme.

Art. 5. Associations faîtières

Une association faîtière a notamment pour mission :

1° de coordonner les activités touristiques dans sa zone d'attraction;

2° de représenter les intérêts du secteur horeca de sa zone d'attraction;

3° de faire du marketing interne.

Une association faitière est ouverte à toute personne physique ou morale active dans le secteur du tourisme dans sa zone d'attraction.

Art. 6. Syndicats d'initiative

Un syndicat d'initiative a notamment pour mission :

- 1° d'organiser des manifestations touristiques locales;
- 2° de faire de la publicité pour des initiatives locales;
- 3° de faire du marketing intérieur;
- 4° d'entretenir et/ou d'exploiter des infrastructures et installations touristiques locales.

Lorsqu'une association faitière existe dans la commune d'implantation, le syndicat d'initiative en est membre.

Art. 7. Centres d'information touristique

§ 1^{er}. Tout centre d'information touristique :

- 1° propose des informations de base, gratuites et actualisées, relatives à la région et à la (aux) commune(s);
- 2° propose à la vente des cartes et des guides de voyage;
- 3° est bien signalé et reconnaissable; le lien avec la Belgique de l'Est en tant que région permettant de vivre la nature est évident;
- 4° occupe du personnel qui participe au moins une fois par an à une formation continue et peut aider les hôtes en allemand, français et néerlandais;
- 5° est présent sur Internet, avec au moins la mention des heures d'ouverture, des données de contact et un lien vers l'Agence du Tourisme de l'Est de la Belgique;
- 6° établit des statistiques quant au nombre de visiteurs, et ce, selon les prescriptions du Gouvernement;
- 7° est installé dans un bâtiment qui satisfait aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2007 fixant les dispositions visant l'accessibilité d'infrastructures subsidiées aux personnes handicapées.

§ 2. Le Gouvernement classe les centres d'information touristique dans l'une des trois catégories suivantes :

- 1° Un centre d'information touristique de la catégorie 1 :
 - a) dispose, pour l'accueil et l'information des touristes, de ressources humaines correspondant au moins à deux équivalents temps plein;
 - b) s'organise en tant que point de contact commercial pour la Belgique de l'Est, région permettant de vivre la nature, et pour le monde de découvertes. L'offre d'informations et de conseils couvre plusieurs communes;
 - c) se trouve dans des locaux spécialement aménagés à cet effet;
 - d) dispose d'une pièce intérieure équipée de sièges et aménagée de manière à ce que des personnes à mobilité réduite puissent s'y mouvoir;
 - e) dispose d'installations sanitaires pour les touristes, avec au moins un WC pour personnes handicapées;
 - f) est ouvert au moins 265 jours par an, en tout cas le vendredi et le samedi ainsi que le dimanche pendant les vacances d'été et à l'occasion de manifestations importantes au niveau local.
- 2° Un centre d'information touristique de la catégorie 2 :
 - a) dispose, pour l'accueil et l'information des touristes, de ressources humaines correspondant au moins à un équivalent temps plein;
 - b) se trouve dans des locaux spécialement aménagés à cet effet;
 - c) est ouvert au moins 265 jours par an, en tout cas le vendredi et le samedi ainsi que le dimanche pendant les vacances d'été et à l'occasion de manifestations importantes au niveau local.
- 3° Un centre d'information touristique de la catégorie 3 :
 - a) dispose, pour l'accueil et l'information des touristes, de ressources humaines correspondant au moins à un équivalent mi-temps;
 - b) peut être relié à un point de contact touristique;
 - c) est ouvert au moins 110 jours par an, en tout cas le vendredi et le samedi ainsi que le dimanche pendant les vacances d'été et à l'occasion de manifestations importantes au niveau local.

Art. 8. Intermédiaires

Les intermédiaires mentionnés à l'article 3, 4°, communiquent à la police fédérale, au Gouvernement ou à l'inspection, sur demande écrite, les données qui leur sont connues à propos de l'exploitant de l'hébergement situé en région de langue allemande, hébergement qu'ils commercialisent ou promeuvent. Ces données peuvent aussi être demandées dans le cadre de coups de sonde ou en cas de réclamation, lorsqu'il existe des doutes quant au fait que les hébergements touristiques répondent aux conditions du présent décret ou de ses arrêtés d'exécution.

CHAPITRE 3. — Hébergements touristiques

Section 1^{re}. — Dispositions générales

Art. 9. Catégories

Tout hébergement touristique appartient à l'une des catégories suivantes :

- 1° catégorie hôtel : hébergement touristique où ne se trouve aucune habitation privée autre que celle de l'exploitant et proposant au moins le petit déjeuner, l'entretien quotidien des chambres et des équipements sanitaires, ainsi qu'un service d'accueil pour les hôtes;
- 2° catégorie habitation de vacances : hébergement touristique qui propose des unités de logement complètement aménagées et autonomes, mais sans prestations;
- 3° catégorie Bed & Breakfast : hébergement touristique uniquement accessible aux hôtes, qui permet de prendre le petit-déjeuner et propose l'entretien;

4° catégorie hébergement pour groupes : hébergement touristique qui peut être réservé essentiellement par des groupes, notamment dans le cadre d'un séminaire, d'un congrès, d'un programme d'animation ou sportif. Un auto-approvisionnement n'est pas possible; les repas et les boissons sont exclusivement proposés aux hôtes;

5° catégorie terrain de camping : un terrain qui est régulièrement ou occasionnellement utilisé par plus de dix personnes simultanément pour camper ou est occupé par plus de cinq abris mobiles, même si ce terrain compte aussi des hébergements fixes tels que des chalets, bungalows ou pavillons qui, à l'exception du domicile familial de l'exploitant, ne sont pas conçus pour servir d'habitation permanente et sont la propriété de l'exploitant ou du propriétaire du terrain de camping;

6° hébergements saisonniers : hébergements installés de manière temporaire et proposés selon la saison.

Pour les terrains de camping mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 5°, le Gouvernement peut fixer un quota pour le camping de transit.

Art. 10. Interdiction de camper

§ 1^{er}. Le camping sur les voies publiques est autorisé pendant 8 heures consécutives au plus.

§ 2. Par ailleurs, le camping en dehors de terrains de camping n'est autorisé que de manière ponctuelle et temporaire dans le cadre de manifestations sportives, culturelles ou sociales, et ce, moyennant l'accord écrit préalable du bourgmestre.

Les communes veillent à ce que toutes les conditions soient réunies pour assurer le respect des prescriptions en matière d'hygiène, la sécurité, la tranquillité publique et l'état impeccable des lieux.

§ 3. Le camping est interdit dans un rayon de 100 m autour des points d'eau captée pour la consommation humaine. Cette interdiction est portée à la connaissance du public par voie de panonceaux installés par les communes.

Art. 11. Conditions générales d'exploitation

§ 1^{er}. Un hébergement touristique sis en région de langue allemande ne peut être exploité que s'il remplit, en plus des exigences éventuellement fixées par le Gouvernement pour chaque catégorie, les conditions suivantes :

1° l'hébergement touristique est enregistré au moyen du formulaire prévu à cet effet;

2° l'hébergement touristique satisfait aux normes de sécurité spécifiques telles que fixées par le Gouvernement pour chacune des catégories;

3° les locaux de l'hébergement touristique accessibles aux touristes sont propres et bien entretenus;

4° l'exploitant dispose d'une assurance visant à couvrir la responsabilité civile pour tous dommages causés par lui ou par ses préposés;

4° l'exploitant ou la personne chargée de la gestion journalière de l'établissement n'a pas été condamné(e) en Belgique ou à l'étranger, par une décision coulée en force de chose jugée, pour une ou plusieurs des infractions prévues au Livre II, Titre VII, Chapitres V, VI et VII, Titre VIII, Chapitres I, IV et VI et Titre IX, Chapitres I et II, du Code pénal, sauf si la condamnation était conditionnelle et si l'intéressé n'a pas perdu le bénéfice du sursis;

6° lorsque l'exploitant n'est pas propriétaire de l'infrastructure, le propriétaire a marqué son accord quant à l'utilisation comme hébergement touristique.

Le Gouvernement peut en tout temps exiger la présentation des documents correspondants.

§ 2. Une reprise de l'exploitation ou de la propriété du bien immeuble sera communiquée dans les trois mois au Gouvernement.

Section 2. — Classification

Art. 12. Demande

§ 1^{er}. L'exploitant d'un hébergement touristique peut, conformément aux dispositions du présent décret, en demander la classification auprès du Gouvernement.

Le Gouvernement détermine les catégories en se basant sur les définitions fixées à l'article 9. Après classification, l'exploitant reçoit un écusson correspondant à sa catégorie et à son niveau de confort.

§ 2. La classification octroyée n'est pas limitée dans le temps.

Art. 13. Procédure

§ 1^{er}. La demande de classification d'un hébergement touristique est introduite auprès du Gouvernement sur le formulaire destiné à cet effet et reprend au moins :

1° des données relatives à l'identité du demandeur;

2° des données relatives à la localisation, la taille et l'équipement de l'établissement;

3° le numéro d'entreprise, le cas échéant.

Dans les dix jours suivant la réception de la demande, le Gouvernement adresse au demandeur un accusé de réception ou l'informe des documents qu'il doit encore introduire. À défaut, la demande introduite est censée être complète.

§ 2. Après réception de la demande complète, une inspection est menée sur place, sur rendez-vous.

Au plus tard 60 jours après cette visite d'inspection, le Gouvernement statue sur la classification de l'hébergement touristique et délivre à l'exploitant un écusson correspondant.

La décision du Gouvernement est communiquée au demandeur par recommandé.

Art. 14. Modification de la classification

§ 1^{er}. La classification d'un hébergement touristique peut être modifiée sur présentation d'un rapport d'inspection si l'exploitant ne satisfait plus aux conditions concernées.

La demande de nouvelle classification, motivée, sera adressée au Gouvernement; dans les dix jours, celui-ci délivrera un accusé de réception ou demandera des renseignements supplémentaires. À défaut, la demande introduite est censée être complète.

Lorsque le Gouvernement envisage une classification dans une catégorie inférieure, l'intention est communiquée à l'exploitant par recommandé en lui laissant un délai raisonnable de 12 mois au plus pour pallier les manquements constatés.

§ 2. Après réception de la demande complète ou au terme du délai prévu au § 1^{er}, alinéa 3, une inspection est menée sur place. L'inspection soumet une proposition de classification à l'exploitant. Celui-ci peut faire valoir ses griefs dans les 30 jours et exiger d'être entendu par le Gouvernement.

Le Gouvernement statue sur la classification dans les 30 jours suivant le délai de recours mentionné à l'alinéa 1^{er} ou l'audition. A défaut de décision au terme de ce délai, le recours est censé être accepté.

La décision du Gouvernement est communiquée au demandeur par recommandé.

§ 3. L'exploitant d'un hébergement touristique classé peut, en tout temps, communiquer au Gouvernement qu'il renonce à cette classification.

Art. 15. Ecusson

En cas de renoncement à la classification, de modification de celle-ci ou de fermeture de l'hébergement touristique, l'écusson doit être renvoyé au Gouvernement avec la déclaration de renoncement ou dans les dix jours suivant la réception de la décision.

Section 3. — Attestation de sécurité

Art. 16. Principe

Le bourgmestre de la commune dans laquelle se situe l'hébergement touristique établit une attestation de sécurité confirmant que l'hébergement remplit les normes de sécurité spécifiques applicables à sa catégorie.

Art. 17. Validité

L'attestation de sécurité est, pour toutes les catégories, valable au moins cinq ans et renouvelable. Pour certaines catégories, le Gouvernement peut fixer une durée de validité plus longue pour l'attestation de sécurité.

Par dérogation au premier alinéa, une nouvelle attestation doit chaque fois être demandée :

1° en cas de transformations nécessitant un permis d'urbanisme;
2° lorsque le bâtiment, l'équipement ou l'installation a subi des modifications pouvant influencer la sécurité, notamment en cas :

- a) de création de nouveaux locaux;
- b) de modification des voies d'évacuation et/ou de leur tracé;
- c) de travaux importants réalisés pour l'installation d'ascenseurs et/ou de monte-charges;
- d) d'installation ou de modification d'un réseau gazier et/ou électrique.

Art. 18. Demande

La demande introduite en vue d'obtenir l'attestation de sécurité est adressée par recommandé au bourgmestre compétent, et ce, au moyen du formulaire prévu à cet effet ou est remise contre accusé de réception.

Dans les dix jours suivant la réception de la demande, le bourgmestre adresse au demandeur un accusé de réception ou l'informe des documents qu'il doit encore introduire. À défaut, la demande introduite est censée être complète.

Le bourgmestre statue dans les 75 jours suivant la réception de la demande complète, le cas échéant accompagnée d'un avis de sécurité incendie délivré par les autorités ou services compétents. À défaut de décision au terme de ce délai, l'attestation est censée être délivrée.

La décision prise par le bourgmestre est notifiée au demandeur par recommandé, accompagnée d'une copie de l'avis de sécurité incendie.

Art. 19. Attestation conditionnelle

Dans des cas motivés, le bourgmestre peut délivrer une attestation de sécurité conditionnelle. Celle-ci précise explicitement les prescriptions spécifiques auxquelles il peut être dérogé et, le cas échéant, la période pour laquelle la dérogation est accordée.

Le bourgmestre retire l'attestation lorsqu'il constate que les obligations ne sont pas remplies au terme du délai octroyé.

La décision prise par le bourgmestre de retirer l'attestation conditionnelle est communiquée au demandeur et au Gouvernement par recommandé.

CHAPITRE 4. — Subventionnement

Art. 20. Subvention accordée à l'Agence du tourisme

Pour remplir ses missions, l'Agence du tourisme mentionnée à l'article 4 obtient une subvention annuelle qui est fixée dans le cadre d'un contrat de gestion conformément à l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Art. 21. Initiatives promouvant le tourisme

§ 1^{er}. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, les associations faitières et syndicats d'initiative peuvent obtenir des subsides pour des initiatives particulières et innovantes ayant un caractère touristique et régional marqué.

Il s'agit notamment d'initiatives qui contribuent à :

- 1° soutenir le profil touristique de la Belgique de l'Est en tant que région permettant de vivre la nature ou celui des mondes de découvertes;
- 2° soutenir le profil touristique d'une commune ou d'une localité;
- 3° soutenir la commercialisation des voies cyclables et pédestres;
- 4° mettre en scène les thèmes que sont la langue, la nature, l'art culinaire ou la conservation et la transmission des traditions.

Est considérée innovante l'initiative qui, sous quelque dénomination que ce soit, n'a pas été menée plus de trois fois.

§ 2. Le subside représente au plus 50 % des dépenses admissibles. Le Gouvernement peut fixer un plafond annuel pour les initiatives énumérées au § 1^{er}.

Art. 22. Centres d'information touristique

§ 1^{er}. Les centres d'information touristique obtiennent, selon la catégorie, un subside forfaitaire annuel pour les frais de fonctionnement et de personnel s'élevant au plus à

- catégorie 1 : 30.000 euros;
- catégorie 2 : 22.000 euros;
- catégorie 3 : 6.500 euros.

Le Gouvernement peut multiplier ces montants par un coefficient en vue de les adapter aux crédits budgétaires disponibles.

Le Gouvernement peut, en outre, subsidier des formations continuées, professionnellement pertinentes, pour le personnel contractuel.

§ 2. Les subsides ne sont liquidés qu'à concurrence des dépenses admissibles justifiées.

Le Gouvernement détermine la nature des documents à introduire en vue de l'octroi et du contrôle de l'utilisation des subsides ainsi que les délais d'introduction.

Lorsque la demande de subsides a été introduite pour le 31 mars au plus tard, le centre d'information a droit à un subside pour l'année de la demande. A défaut, le droit au subside s'ouvre l'année suivante.

Art. 23. Biens d'équipement

§ 1^{er}. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer aux associations faitières, syndicats d'initiative et pouvoirs organisateurs de centres d'information touristique des subsides pour acquérir des biens d'équipement ne relevant pas de l'infrastructure. Ces subsides sont destinés à couvrir une partie des frais engendrés par le renouvellement ou l'élargissement de l'équipement de base.

Des subsides ne sont accordés pour des biens d'équipement que si :

- 1° l'accord du Gouvernement a été demandé avant toute commande ou tout achat;
- 2° le demandeur s'engage par écrit à :

- a) ne pas céder les biens subsidiés pendant cinq ans à dater de la liquidation des subsides, que ce soit à titre gracieux ou onéreux;
- b) permettre en tout temps au Gouvernement de vérifier les données et consulter tous les documents y relatifs;
- c) informer sans délai le Gouvernement de sa dissolution.

§ 2. Le subside pour biens d'équipement représente au maximum 50 % des coûts, avec un plafond annuel de 2.500 euros.

La demande est accompagnée d'une justification ainsi que, dans la mesure du possible, de trois devis.

CHAPITRE 5. — *Dispositions de contrôle et dispositions pénales*

Art. 24. Plaintes

Lorsqu'une plainte est introduite à propos d'un hébergement touristique auprès du Gouvernement, celui-ci en confirme la réception et charge l'inspection de vérifier les faits. Au terme de l'inspection, le Gouvernement en communique les résultats à l'auteur de la plainte.

Les plaintes ne sont admissibles que si elles sont introduites par des personnes pouvant justifier d'un intérêt fondé.

Art. 25. Inspection

§ 1^{er}. Les hébergements touristiques mentionnés dans le présent décret sont soumis au contrôle des inspecteurs désignés par le Gouvernement. Les inspecteurs sont chargés de constater les infractions commises à l'encontre de ce décret et de ses arrêtés d'exécution et de dresser procès-verbal.

Les inspecteurs chargés du contrôle peuvent procéder à toutes les enquêtes, à tous les contrôles et à toutes les informations et collecter tous renseignements qu'ils estiment nécessaires pour s'assurer que les dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution sont respectées. Ils peuvent :

- 1° interroger toute personne quant à des faits dont la connaissance est utile à l'exercice de l'inspection;
- 2° se faire produire sans déplacement tous les livres et documents prescrits par le décret et ses arrêtés d'exécution et en établir des copies ou extraits;
- 3° compulsier tous les livres et documents nécessaires pour remplir leur mission;
- 4° visiter entre 5 et 21 heures tous les locaux de l'hébergement touristique qui ne constituent pas une habitation ou ne sont pas des chambres occupées par des hôtes;
- 5° visiter les habitations ou chambres mentionnées au 4°, moyennant l'accord de tous les résidents ou hôtes majeurs, selon le cas;
- 6° demander l'aide de la police locale ou fédérale dans l'exercice de leurs fonctions;
- 7° procéder, moyennant le respect des conditions prévues aux 4° et 5°, aux enquêtes et contrôles sans annonce préalable et sans être accompagnés par l'exploitant de l'hébergement touristique ou son représentant. Dans ce cas, l'exploitant en est ensuite immédiatement informé.

Ce procès-verbal vaut jusqu'à preuve du contraire.

§ 2. Le Gouvernement peut mandater des experts externes pour, sous la tutelle des inspecteurs, contrôler les hébergements touristiques et émettre un avis à leur sujet. Dans ce cas, les experts mandatés soutiennent les inspecteurs dans l'exercice des compétences mentionnées au § 1^{er}.

§ 3. Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés s'opère conformément à la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

§ 4. L'inspection garantit la confidentialité des faits, données et secrets d'affaires dont elle a eu connaissance pendant l'exercice de sa mission de tutelle et de contrôle.

Art. 26. Amendes administratives

§ 1^{er}. Est passible d'une amende administrative allant de 250 à 25.000 euros quiconque

- 1° exploite un hébergement touristique en infraction aux prescriptions des articles 10 et 11;
- 2° utilise un des écussons mentionnés à l'article 12 qui ne correspond pas à la classification de l'hébergement touristique;
- 3° fait de la publicité pour un hébergement touristique avec une fausse classification;
- 4° refuse ou entrave l'inspection prévue à l'article 25.

§ 2. Le Gouvernement dispose d'un délai de six mois à partir de la réception du procès-verbal mentionné à l'article 25, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, pour infliger une amende.

Le Gouvernement prend sa décision après avoir donné à l'intéressé la possibilité d'être entendu. Lorsqu'une amende administrative est infligée, la décision en mentionne le montant ainsi que les modalités et délai de paiement.

La décision du Gouvernement est notifiée à l'intéressé par recommandé.

L'intéressé dispose d'un délai de 60 jours pour introduire, devant le tribunal de première instance, un recours contre ladite décision. La Partie IV, Livre II, Titre *Vbis*, du Code judiciaire est d'application. Un recours introduit régulièrement suspend l'exécution de la décision.

Si une amende administrative est infligée, le Gouvernement ou le tribunal de première instance, selon le cas, peut tenir compte de circonstances atténuantes pour éventuellement la réduire.

Si une nouvelle infraction est constatée dans les cinq ans suivant l'établissement du procès-verbal mentionné à l'article 25, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les amendes mentionnées au § 1^{er} sont doublées.

Art. 27. Recouvrement

Le Gouvernement désigne les personnes chargées de recouvrer les amendes administratives incontestées et exigibles ainsi que les frais de recouvrement éventuellement engendrés.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont habilitées à :

- 1° délivrer une contrainte;
- 2° viser la contrainte, la déclarer exécutoire et la signifier à l'intéressé par huissier de justice;
- 3° octroyer un sursis de paiement ou un échelonnement aux débiteurs qui peuvent justifier d'une situation particulièrement précaire.

Lorsque la situation d'un débiteur de bonne foi le justifie, le Gouvernement peut conclure une transaction avec lui.

Art. 28. Disposition pénale

Si, après qu'une sanction administrative a été infligée, un hébergement touristique continue à être exploité en violation des dispositions du présent décret ou de ses arrêtés d'exécution, sans que les manquements constatés ayant entraîné la sanction administrative n'aient été corrigés, l'inspection établit un procès-verbal conformément à l'article 25, § 1^{er}, et transmet le dossier à la juridiction compétente, laquelle ordonne la fermeture de l'exploitation ou l'expulsion du terrain, selon le cas.

Le premier alinéa vaut sans préjudice du pouvoir du bourgmestre compétent d'ordonner, en vertu des articles 134 à 134sexies de la nouvelle loi communale du 24 juin 1988, la fermeture immédiate de l'hébergement ou l'expulsion du terrain, selon le cas.

CHAPITRE 6. — *Dispositions finales*

Art. 29. Mission confiée au Gouvernement

Le Gouvernement prend les dispositions relatives

- 1° aux normes et à la procédure de subventionnement des acteurs mentionnés aux articles 4 à 7;
- 2° aux standards minimaux fixés pour l'exploitation d'hébergements touristiques;
- 3° aux critères de classification des hébergements touristiques, selon la catégorie;
- 4° à l'écusson délivré aux exploitants d'établissements d'hébergement;
- 5° aux normes de sécurité spécifiques applicables aux hébergements touristiques;
- 6° au modèle de l'attestation de sécurité;
- 7° à la procédure d'octroi d'une dérogation aux dispositions relatives à la sécurité;
- 8° à la carte de légitimation des inspecteurs;
- 9° au délai et aux modalités de paiement des amendes administratives.

Art. 30. Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

- 1° le décret du 23 novembre 1992 relatif aux habitations de vacances, chambres d'hôtes et "Bed and Breakfast";
- 2° le décret du 9 mai 1994 sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers;
- 3° le décret du 9 mai 1994 sur le camping et les terrains de camping;
- 4° le décret du 17 février 2003 relatif à la reconnaissance et à la promotion des comités d'embellissement, syndicats d'initiative et de leurs associations faitières, ainsi que des bureaux d'information et points d'information.

Art. 31. Disposition transitoire

Les subsides à liquider en vertu du présent décret remplacent toutes les prestations auxquelles peuvent prétendre les bénéficiaires de subsides en vertu des procédures de subventionnement préalablement en vigueur.

Les conditions édictées à l'article 7, § 1^{er}, 7^o, doivent être remplies pour le 1^{er} janvier 2022 au plus tard.

Art. 32. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2017.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 23 janvier 2017.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

—————
Note

(1) *Session 2016-2017.*

Documents parlementaires : 147 (2016-2017), n^o 1. Projet de décret.

147 (2016-2017), n^{os} 2 à 4. Propositions d'amendement.

147 (2016-2017), n^o 5. Rapport.

Compte rendu intégral : 23 janvier 2017, n^o 35. Discussion et vote.

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2017/201251]

23 JANUARI 2017. — Decreet ter bevordering van het toerisme (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Toepassingsgebied

Dit decreet bepaalt de kadervoorwaarden voor :

1^o de exploitatie en classificatie van toeristische verblijven die in het Duitse taalgebied gelegen zijn;

2^o de subsidiëring van toeristische organisaties;

3^o de subsidiëring van initiatieven om het toerisme te promoten.

Art. 2. Algemene bepaling

Alle in dit decreet vermelde :

- termijnen zijn uitgedrukt in kalenderdagen;

- persoonsbeschrijvingen gelden voor beide geslachten.

Art. 3. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1^o toerist : elke persoon die zich met het oog op vrijetijdsbesteding, ontspanning, persoonlijke ontwikkeling, beroepsuitoefening of zakelijk contact begeeft naar of bevindt in een andere dan zijn alledaagse leefomgeving;

2^o toeristisch verblijf : accommodatie waar toeristen tegen betaling kunnen overnachten en die op de toeristische markt wordt aangeboden. Een toeristisch verblijf behoort tot één van de categorieën vermeld in artikel 9;

3^o aanbieden op de toeristische markt : aanbieden van een toeristisch verblijf, in welke vorm dan ook, hetzij via bemiddeling, hetzij op zelfstandige basis;

4^o bemiddelaar : elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die toeristische verblijven tegen betaling op de markt aanbiedt, die reclame maakt voor een toeristisch verblijf of die diensten aanbiedt via welke exploitanten van toeristische verblijven rechtstreeks in contact komen met toeristen;

5^o exploitant : elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die een toeristisch verblijf exploiteert of voor wiens rekening een toeristisch verblijf wordt geëxploiteerd;

6^o overkoepelende organisatie : elke organisatie met rechtspersoonlijkheid die de toeristische activiteiten op het niveau van één of meer gemeenten coördineert;

7^o vereniging voor vreemdelingenverkeer : elke vereniging die sinds minstens één jaar – onder welke benaming dan ook – op lokaal niveau actief is in de toeristische sector en die van de gemeente waar ze gevestigd is een basissubsidie ontvangt op grond van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap;

8° toeristisch informatiepunt: vrij toegankelijk lokaal contactpunt voor toeristen dat door een gemeente, een overkoepelende organisatie, een stichting of een vereniging zonder winstoogmerk georganiseerd en geëxploiteerd wordt en dat gratis actuele basisinformatie over de streek of de plaats en informatie over overnachtingsmogelijkheden verstrekt;

9° kamperen: het gebruik, door toeristen, van niet voor permanent verblijf bedoelde mobiele verblijven zoals tenten, caravans of kampeerwagens;

10° inspectie: de inspectie vermeld in artikel 25.

HOOFDSTUK 2. — *Organisatie van het toerisme*

Art. 4. Toeristisch Agentschap

De Regering kan slechts één instelling als Toeristisch Agentschap van de Duitstalige Gemeenschap ondersteunen die zorgt voor de toeristische marketing, in het bijzonder van de bestemming Oost-België, en voor de ontwikkeling van toeristische producten.

Daartoe behoren in het bijzonder:

1° alle activiteiten die in de ruimste zin te maken hebben met de ontwikkeling van toeristische producten en met toeristische marketing;

2° externe marketing;

3° het uitwerken en samenstellen van arrangementen;

4° marktobservatie en trendanalyse inzake toerisme;

5° nauwe samenwerking met de buurregio's in binnen- en buitenland;

6° de Regering op eigen initiatief of op verzoek adviseren over alle vragen in verband met toerisme.

Art. 5. Overkoepelende organisaties

Tot de taken van een overkoepelende organisatie behoren in het bijzonder:

1° de coördinatie van de toeristische activiteiten binnen haar regio;

2° het behartigen van de belangen van de horecasector van haar regio;

3° de interne marketing.

Een overkoepelende organisatie staat open voor elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die actief is in de toeristische sector binnen haar regio.

Art. 6. Verenigingen voor vreemdelingenverkeer

Tot de taken van een vereniging voor vreemdelingenverkeer behoren in het bijzonder:

1° de organisatie van lokale toeristische evenementen;

2° het promoten van lokale initiatieven;

3° de interne marketing;

4° het onderhouden en/of exploiteren van lokale toeristische infrastructuur en voorzieningen.

Indien er een overkoepelende organisatie bestaat in de gemeente waar de vereniging voor vreemdelingenverkeer gevestigd is, sluit de vereniging voor vreemdelingenverkeer zich daarbij aan.

Art. 7. Toeristische informatiepunten

§ 1. Elk toeristisch informatiepunt:

1° biedt gratis actuele basisinformatie over de streek en de gemeente(n) aan;

2° biedt kaartmateriaal en reisgidsen te koop aan;

3° is duidelijk bewegwijzerd en herkenbaar; de link met de natuurbelevingsregio Oost-België is duidelijk;

4° heeft personeel in dienst dat minstens één voortgezette opleiding per jaar voltooit en dat de bezoekers in het Duits, het Frans en het Nederlands kan helpen;

5° is aanwezig op het internet, met minstens de openingstijden, contactgegevens en een link naar het Toeristisch Agentschap Oost-België;

6° maakt bezoekersstatistieken op volgens de aanwijzingen van de Regering;

7° is gevestigd in een gebouw dat voldoet aan de bepalingen van het besluit van de Regering van 12 juli 2007 tot vastlegging van de bepalingen inzake toegankelijkheid van gesubsidieerde infrastructuren voor de gehandicapten.

§ 2. De Regering deelt de toeristische informatiepunten in één van de volgende categorieën in:

1° een toeristisch informatiepunt van categorie 1:

a) beschikt over minstens twee voltijds equivalente betrekkingen voor personeel dat de toeristen ontvangt en hen informatie verstrekt;

b) organiseert zich als merkcontactpunt van de natuurbelevingsregio Oost-België en van de belevingswereld. Het informatie- en adviesaanbod bestrijkt verscheidene gemeenten;

c) is ondergebracht in speciaal daarvoor ingerichte ruimten;

d) beschikt over een binnenruimte met zitmogelijkheden die zo ingericht is dat personen met beperkte mobiliteit zich kunnen bewegen;

e) beschikt over sanitaire voorzieningen voor toeristen met minstens één toilet voor gehandicapten;

f) is minstens 265 dagen per jaar open en in elk geval op vrijdag en zaterdag, alsook tijdens de zomervakantie ook op zondag en bij belangrijke plaatselijke evenementen.

2° een toeristisch informatiepunt van categorie 2:

a) beschikt over minstens een voltijds equivalente betrekking voor personeel dat de toeristen ontvangt en hen informatie verstrekt;

b) is ondergebracht in speciaal daarvoor ingerichte ruimten;
 c) is minstens 265 dagen per jaar open en in elk geval op vrijdag en zaterdag, alsook tijdens de zomervakantie ook op zondag en bij belangrijke plaatselijke evenementen.

3° een toeristisch informatiepunt van categorie 3 :

a) beschikt over minstens een halftijdsequivalente betrekking voor personeel dat de toeristen ontvangt en hen informatie verstrekt;

b) kan aangesloten zijn bij een toeristisch contactpunt;

c) is minstens 110 dagen per jaar open en in elk geval op vrijdag en zaterdag, alsook tijdens de zomervakantie ook op zondag en bij belangrijke plaatselijke evenementen.

Art. 8. Bemiddelaars

De bemiddelaars vermeld in artikel 3, 4°, delen de federale politie, de Regering of de inspectie op schriftelijk verzoek mee welke gegevens hun bekend zijn over de exploitant van het in het Duitse taalgebied gelegen verblijf dat ze op de markt aanbieden of waarvoor ze reclame maken. Indien er twijfel over bestaat of de toeristische verblijven voldoen aan de voorwaarden van dit decreet of aan de voorwaarden van de uitvoeringsbesluiten ervan, kunnen die gegevens ook aangevraagd worden als steekproeven worden genomen of als klachten zijn ingediend.

HOOFDSTUK 3. — *Toeristische verblijven*

Afdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 9. Categorieën

Elk toeristisch verblijf behoort tot één van de volgende categorieën :

1° categorie hotel : toeristisch verblijf dat, buiten de woning van de exploitant, geen privéwoning omvat en dat minstens het volgende aanbiedt : ontbijt, dagelijks onderhoud van de kamers en de sanitaire voorzieningen, alsook een ontvangstbalie voor de gasten;

2° categorie vakantiewoning : toeristisch verblijf dat op zichzelf staande, gesloten en uitgeruste wooneenheden zonder dienstverlening aanbiedt;

3° categorie bed & breakfast : toeristisch verblijf dat alleen toegankelijk is voor gasten en dat ontbijtmogelijkheden en onderhoud van de kamers en de sanitaire voorzieningen aanbiedt;

4° categorie groepsverblijf : toeristisch verblijf dat voornamelijk geboekt kan worden door groepen, in het bijzonder in combinatie met een seminarie, congres, animatie- of sportprogramma. Self catering is niet mogelijk; de aangeboden maaltijden en dranken zijn uitsluitend voor gasten die in het verblijf overnachten;

5° categorie kampeerterrein : een terrein waarop regelmatig of bij gelegenheid meer dan tien personen tegelijk kamperen of waarop meer dan vijf mobiele verblijven staan, ook wanneer op het terrein ook vaste verblijven zoals chalets, bungalows of hutten staan die niet voor permanent verblijf bedoeld zijn, met uitzondering van de woonplaats van het gezin van de exploitant, en die eigendom van de exploitant of de eigenaar van het kampeerterrein zijn;

6° seizoensverblijven : verblijven die als tijdelijke verblijven geconcipieerd zijn en alleen seizoensgebonden aangeboden worden.

Voor de kampeerterreinen vermeld in het eerste lid, 5°, kan de Regering een quotum voor doorgangscampings vastleggen.

Art. 10. Kampeerverbod

§ 1. Kamperen op openbare wegen is hoogstens acht uur na elkaar toegestaan.

§ 2. Kamperen buiten de kampeerterreinen is in het kader van sportieve, culturele of sociale evenementen uitsluitend in specifieke gevallen tijdelijk toegestaan op voorwaarde dat de burgemeester daartoe schriftelijk en voorafgaand zijn toestemming heeft gegeven.

De gemeenten zorgen ervoor dat alle voorwaarden voor de naleving van de voorschriften inzake hygiëne, veiligheid, openbare rust en behoorlijke plaatselijke aanleg vervuld zijn.

§ 3. Kamperen is verboden binnen een straal van honderd meter van plaatsen waar drinkwater gewonnen wordt. Dat verbod wordt ter kennis gebracht van het publiek door middel van waarschuwingsborden die door de gemeenten worden aangebracht.

Art. 11. Algemene exploitatievoorwaarden

§ 1. Een toeristisch verblijf in het Duitse taalgebied mag alleen geëxploiteerd worden als, naast de voorwaarden die de Regering eventueel per categorie heeft vastgelegd, de volgende voorwaarden worden vervuld :

1° het toeristische verblijf is geregistreerd via het daartoe bestemde formulier;

2° het toeristische verblijf voldoet aan de specifieke veiligheidsnormen die de Regering per categorie heeft vastgelegd;

3° de ruimten van het toeristische verblijf die toegankelijk zijn voor toeristen zijn proper en goed onderhouden;

4° de exploitant heeft een verzekering Burgerlijke Aansprakelijkheid voor alle schade die door hem zelf of door zijn personeel veroorzaakt wordt;

5° de exploitant of de persoon belast met het dagelijks beheer van de exploitatie is in België of in het buitenland niet veroordeeld door een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraak wegens één of meer overtredingen omschreven in Boek II, titel VII, hoofdstukken V, VI en VII, titel VIII, hoofdstukken I, IV en VI en titel IX, hoofdstukken I en II van het Strafwetboek, behalve indien de veroordeling voorwaardelijk was en de betrokkene het voordeel van het uitstel niet verloren heeft;

6° indien de exploitant niet de eigenaar van de infrastructuur is, heeft de eigenaar zijn toestemming gegeven om die infrastructuur als toeristisch verblijf te gebruiken.

De Regering kan de desbetreffende stukken te allen tijde opvragen.

§ 2. Een overname van de exploitatie of van het eigendom van het onroerend goed moet binnen drie maanden aan de Regering worden meegedeeld.

*Afdeling 2. — Classificatie***Art. 12. Aanvraag**

§ 1. De exploitant van een toeristisch verblijf kan bij de Regering een classificatie van zijn exploitatie aanvragen overeenkomstig de bepalingen van dit decreet.

De Regering bepaalt de categorieën aan de hand van de definities vervat in artikel 9. Na classificatie ontvangt de exploitant een herkenningsteken dat overeenstemt met zijn categorie en zijn comfortniveau.

§ 2. De toegekende classificatie geldt voor onbeperkte tijd.

Art. 13. Procedure

§ 1. De aanvraag om classificatie van een toeristisch verblijf wordt bij de Regering ingediend via het daartoe bestemde formulier en bevat minstens :

- 1° gegevens over de identiteit van de aanvrager;
- 2° gegevens over de ligging, grootte en uitrusting van de zaak;
- 3° voor zover van toepassing : het ondernemingsnummer.

De Regering bezorgt de aanvrager binnen tien dagen na ontvangst van de aanvraag een ontvangstbewijs of deelt hem mee welke stukken hij nog moet indienen. Zo niet wordt de ingediende aanvraag als volledig beschouwd.

§ 2. Na ontvangst van de volledige aanvraag wordt op afspraak een inspectiebezoek ter plaatse uitgevoerd.

Uiterlijk 60 dagen na dat inspectiebezoek beslist de Regering over de classificatie van het toeristische verblijf en bezorgt de exploitant het desbetreffende herkenningsteken.

De beslissing van de Regering wordt ter kennis gebracht van de aanvrager per aangetekende brief.

Art. 14. Wijziging van de classificatie

§ 1. Als de exploitatie niet meer aan de betrokken voorwaarden voldoet, kan de classificatie van een toeristisch verblijf na overlegging van een inspectieverslag gewijzigd worden.

De aanvraag van een nieuwe classificatie moet samen met een motivering aan de Regering worden gericht die binnen tien dagen een ontvangstbewijs afgeeft of aanvullende informatie vraagt. Zo niet wordt de ingediende aanvraag als volledig beschouwd.

Wanneer de Regering een indeling in een lagere categorie overweegt, wordt dat voornemen per aangetekende brief meegedeeld aan de exploitant die een redelijke termijn van hoogstens twaalf maanden krijgt om de vastgestelde gebreken te verhelpen.

§ 2. Na ontvangst van de volledige aanvraag of, naargelang van het geval, na het verstrijken van de termijn bepaald in paragraaf 1, derde lid, wordt een inspectiebezoek ter plaatse gebracht. De inspectie legt de exploitant een voorstel voor de classificatie voor. De exploitant kan zijn bezwaren binnen 30 dagen doen gelden en vragen dat hij door de Regering wordt gehoord.

De Regering beslist over de classificatie binnen 30 dagen na de termijn om bezwaar te maken vermeld in het eerste lid of, naargelang van het geval, binnen 30 dagen na het verhoor. Is er geen beslissing binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn.

De beslissing van de Regering wordt ter kennis gebracht van de aanvrager per aangetekende brief.

§ 3. De exploitant van een geclassificeerd toeristisch verblijf kan de Regering te allen tijde meedelen dat hij afstand doet van de classificatie.

Art. 15. Herkenningsteken

Bij afstand van de classificatie, wijziging van de classificatie of sluiting van het toeristische verblijf moet het herkenningsteken met de afstandsverklaring of binnen tien dagen na ontvangst van de beslissing teruggezonden worden aan de Regering.

*Afdeling 3. — Veiligheidsattest***Art. 16. Principe**

De burgemeester van de gemeente waar het toeristische verblijf gelegen is, geeft een veiligheidsattest af dat bevestigt dat het verblijf voldoet aan de specifieke veiligheidsnormen die gelden voor de betrokken categorie.

Art. 17. Geldigheidsduur

Het veiligheidsattest is voor alle categorieën minstens vijf jaar geldig en kan verlengd worden. Voor bepaalde categorieën kan de Regering een langere geldigheidsduur voor het veiligheidsattest bepalen.

In afwijking van het eerste lid moet telkens een nieuw attest worden aangevraagd :

- 1° bij verbouwingen waarvoor een stedenbouwkundige vergunning noodzakelijk is;
- 2° wanneer aan het gebouw, de uitrusting of de voorzieningen wijzigingen zijn aangebracht die invloed kunnen hebben op de veiligheid, in het bijzonder in geval van :

- a) het creëren van nieuwe ruimten;
- b) wijzigingen van de vluchtwegen en/of van het traject van die vluchtwegen;
- c) grote werkzaamheden voor de installatie van personen- en/of goederenliften;
- d) de installatie of wijziging van een gas- en/of elektriciteitsnet.

Art. 18. Aanvraag

De aanvraag om het veiligheidsattest te ontvangen, wordt via het daartoe bestemde formulier per aangetekende brief aan de bevoegde burgemeester verzonden of tegen ontvangstbewijs afgegeven.

De burgemeester bezorgt de aanvrager binnen tien dagen na ontvangst van de aanvraag een ontvangstbewijs of deelt hem mee welke stukken hij nog moet indienen. Zo niet wordt de ingediende aanvraag als volledig beschouwd.

De burgemeester beslist binnen 75 dagen na ontvangst van de volledige aanvraag waarbij in voorkomend geval een brandveiligheidsattest is gevoegd dat door de bevoegde instanties of diensten is afgegeven. Indien binnen die termijn geen beslissing is genomen, wordt het attest geacht te zijn toegekend.

De beslissing van de burgemeester wordt samen met een kopie van het brandveiligheidsattest per aangetekende brief ter kennis gebracht van de aanvrager.

Art. 19. Voorwaardelijk attest

In met redenen omklede gevallen kan de burgemeester een voorwaardelijk veiligheidsattest afgeven. Daarop wordt uitdrukkelijk vermeld van welke specifieke voorschriften mag worden afgeweken en in voorkomend geval voor welke termijn de afwijking wordt toegestaan.

De burgemeester trekt het attest in wanneer hij vaststelt dat de verplichtingen na het verstrijken van de toegekende termijn niet zijn nagekomen.

De beslissing van de burgemeester om het voorwaardelijke attest in te trekken, wordt per aangetekende brief meegedeeld aan de aanvrager en aan de Regering.

HOOFDSTUK 4. — *Subsidiëring*

Art. 20. Subsidie van het Toeristisch Agentschap

Voor de uitoefening van zijn taken ontvangt het Toeristisch Agentschap vermeld in artikel 4 een jaarlijkse subsidie die wordt bepaald in het kader van een beheerscontract in de zin van artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 21. Initiatieven om het toerisme te promoten

§ 1. Koepelorganisaties en verenigingen voor vreemdelingenverkeer kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, subsidie krijgen voor bijzondere en innovatieve initiatieven met een uitgesproken toeristisch en regionaal karakter.

Daartoe behoren in het bijzonder initiatieven die helpen om :

- 1° het toeristische profiel van de natuurbelevingsregio Oost-België of de belevingswerelden te ondersteunen;
- 2° het toeristische profiel van een gemeente of een plaats te ondersteunen;
- 3° de commercialisering van de fiets- en wandelroutes te ondersteunen;
- 4° de volgende onderwerpen onder de aandacht te brengen : taal, natuur, gastronomie of het bewaren van gebruiken en gewoonten en het verbreiden van kennis over gebruiken en gewoonten.

Een initiatief wordt als innovatief beschouwd als het - onder welke benaming ook - niet meer dan drie keer werd doorgevoerd.

§ 2. De subsidie dekt hoogstens 50 % van de aanneembare uitgaven. De Regering kan een jaarlijks plafond voor de initiatieven vermeld in paragraaf 1 bepalen.

Art. 22. Toeristische informatiepunten

§ 1. De toeristische informatiepunten ontvangen jaarlijks een vast subsidiebedrag voor werkings- en personeelskosten dat wordt bepaald naargelang van de categorie en dat begrensd is tot :

- categorie 1 : 30.000 euro;
- categorie 2 : 22.000 euro;
- categorie 3 : 6.500 euro.

De Regering kan die bedragen met een coëfficiënt vermenigvuldigen om ze aan de beschikbare begrotingsmiddelen aan te passen.

Aanvullend kan de Regering beroepsrelevante voortgezette opleidingen van het contractueel personeel subsidiëren.

§ 2. Subsidies worden slechts ten belope van de bewezen aanneembare uitgaven betaald.

De Regering bepaalt de aard van de documenten die moeten worden ingediend voor de toekenning en de controle van de aanwending van de subsidies, alsook de termijnen waarbinnen die documenten moeten worden ingediend.

Wanneer de aanvraag om subsidiëring uiterlijk op 31 maart werd ingediend, heeft het informatiepunt recht op een subsidie voor het jaar waarin de aanvraag werd gedaan. In de andere gevallen wordt het recht op subsidiëring een jaar later geopend.

Art. 23. Uitrustingsvoorwerpen

§ 1. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering aan overkoepelende organisaties, verenigingen voor vreemdelingenverkeer en aanbieders van toeristische informatiepunten subsidie toekennen voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen die niet tot de infrastructuur behoren. Die subsidie is bedoeld om een deel van de kosten voor de vernieuwing of uitbreiding van de basisuitrusting te dekken.

Subsidies voor uitrustingsvoorwerpen worden alleen toegekend indien :

- 1° vóór elke bestelling of vóór elke aankoop de schriftelijke toestemming van de Regering werd gevraagd;
- 2° wanneer de aanvrager zich schriftelijk ertoe verplicht :
 - a) geen afstand te doen van de gesubsidieerde voorwerpen gedurende een periode van vijf jaar die ingaat op de dag van de uitbetaling van de subsidies en dit noch gratis, noch tegen betaling;
 - b) de Regering te allen tijde toe te staan de gegevens te controleren en alle daarop betrekking hebbende documenten in te zien;
 - c) zijn ontbinding onmiddellijk mee te delen aan de Regering.

§ 2. De subsidie voor uitrustingsvoorwerpen bedraagt hoogstens 50 % van de kosten, met een jaarlijks plafond van 2.500 euro.

Bij de aanvraag wordt een motivering gevoegd; zo mogelijk worden ook drie kostenramingen bij de aanvraag gevoegd.

HOOFDSTUK 5. — *Controle- en strafbepalingen***Art. 24.** Klachten

Indien een klacht over een toeristisch verblijf wordt ingediend bij de Regering, bevestigt de Regering de ontvangst ervan en belast ze de inspectie met het onderzoek van de feiten. Na afsluiting van de inspectie licht de Regering de indiener van de klacht in over het resultaat van de inspectie.

Klachten zijn slechts ontvankelijk indien ze ingediend worden door personen die een rechtmatig belang kunnen aantonen.

Art. 25. Inspectie

§ 1. De toeristische verblijven vermeld in dit decreet vallen onder het toezicht van de inspecteurs die door de Regering worden aangewezen. De inspecteurs zijn belast met het vaststellen van overtredingen van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan en met het opstellen van proces-verbaal over die overtredingen.

De met het toezicht belaste inspecteurs mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden. Ze kunnen :

1° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig is voor de uitoefening van het toezicht;

2° zich ter plaatse alle boeken en bescheiden voorgeschreven bij dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan laten overleggen en afschriften of uittreksels daarvan maken;

3° alle boeken en bescheiden inzien die noodzakelijk zijn om hun opdracht te vervullen;

4° alle ruimten van het toeristische verblijf die niet als woongelegenheden dienen of aan gasten verhuurd zijn, tussen 5 uur en 21 uur inspecteren;

5° met toestemming van alle meerderjarige bewoners of, naargelang van het geval, van alle meerderjarige gasten de woongelegenheden of kamers vermeld in 4° inspecteren;

6° voor de uitoefening van hun ambt de hulp van de lokale of federale politie vragen;

7° met inachtneming van de voorwaarden vermeld in 4° en 5° de onderzoeken en controles uitvoeren zonder voorafgaande aanmelding en zonder door de exploitant van het toeristische verblijf of diens vertegenwoordiger begeleid te worden. In dat geval ontvangt de exploitant daarna zo spoedig mogelijk een kennisgeving.

Het proces-verbaal geldt tot het tegendeel is bewezen.

§ 2. De Regering kan externe deskundigen, onder toezicht van de inspecteurs, belasten met het onderzoek en de beoordeling van toeristische verblijven. In dat geval ondersteunen de met die taken belaste deskundigen de inspecteurs bij de uitoefening van hun bevoegdheden vermeld in paragraaf 1.

§ 3. De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

§ 4. De inspectie waarborgt de vertrouwelijkheid van feiten, gegevens en bedrijfsgeheimen waarvan ze in de uitoefening van haar toezichts- en controleopdracht kennis heeft gekregen.

Art. 26. Administratieve geldboetes

§ 1. Er wordt een administratieve geldboete van 250 tot 25.000 euro opgelegd aan wie :

1° een toeristisch verblijf exploiteert en daarbij de artikelen 10 en 11 overtreedt;

2° een van de in artikel 12 vermelde herkenningstekens gebruikt dat niet overeenstemt met de classificatie van het toeristische verblijf;

3° reclame maakt voor een toeristisch verblijf met een valse classificatie;

4° de inspectie vermeld in artikel 25 weigert of belemmert.

§ 2. Vanaf de ontvangst van het proces-verbaal vermeld in artikel 25, § 1, eerste lid, heeft de Regering zes maanden de tijd om een geldboete op te leggen.

De Regering neemt haar beslissing nadat ze de betrokkene de mogelijkheid heeft gegeven om gehoord te worden. Wanneer een administratieve geldboete wordt opgelegd, wordt het te betalen bedrag, de betalingswijze en de betalingstermijn in de beslissing vermeld.

De beslissing van de Regering wordt ter kennis gebracht van de betrokkene per aangetekende brief.

De betrokkene heeft 60 dagen de tijd om bij de rechtbank van eerste aanleg beroep in te stellen tegen de beslissing. Deel IV, boek II, titel *Vbis*, van het Gerechtelijk Wetboek is van toepassing. Een regelmatig ingesteld beroep schorst de uitvoering van de beslissing.

Indien een administratieve geldboete wordt opgelegd, kan de Regering of de rechtbank van eerste aanleg, naargelang van het geval, verzachtende omstandigheden in aanmerking nemen om de boete eventueel te verlagen.

Indien binnen vijf jaar na opmaak van het proces-verbaal vermeld in artikel 25, § 1, eerste lid, een nieuw strafbaar feit wordt vastgesteld, worden de boetes vermeld in § 1 verdubbeld.

Art. 27. Invordering

De Regering wijst de personen aan die belast zijn met de invordering van de onbetwiste en opeisbare administratieve geldboetes en eventuele invorderingskosten.

De personen vermeld in het eerste lid zijn bevoegd om :

1° een betalingsbevel uit te vaardigen;

2° een betalingsbevel te viseren, uitvoerbaar te verklaren en bij exploit van een gerechtsdeurwaarder aan de betrokkene te betekenen;

3° de schuldenaars die een bijzondere noodsituatie kunnen aantonen, uitstel van betaling of gespreide betalingen toe te staan.

Indien de situatie van de te goeder trouw zijnde schuldenaar het rechtvaardigt, kan de Regering een schikking met hem treffen.

Art. 28. Strafbepaling

Indien een toeristisch verblijf in strijd met dit decreet of de uitvoeringsbesluiten ervan verder geëxploiteerd wordt, ook nadat een administratieve geldboete werd opgelegd, zonder dat een einde wordt gemaakt aan de vastgestelde wantoestanden die aanleiding hebben gegeven tot de administratieve geldboete, stelt de inspectie overeenkomstig artikel 25, § 1, een proces-verbaal op en bezorgt ze het dossier aan de bevoegde rechter die het sluiten van de exploitatie of, naargelang van het geval, het ruimen van het terrein beveelt.

Het eerste lid geldt onverminderd de bevoegdheden van de bevoegde burgemeester om op grond van de artikelen 134 tot 134^{sexies} van de nieuwe gemeentewet van 24 juni 1988 een onmiddellijke sluiting van het verblijf of, naargelang van het geval, een onmiddellijke ruiming van het terrein te bevelen.

HOOFDSTUK 6. — *Slotbepalingen***Art. 29.** Aan de Regering toevertrouwde opdracht

De Regering legt de bepalingen vast met betrekking tot :

- 1° de normen en de procedure voor de subsidiëring van de actoren vermeld in de artikelen 4 tot 7;
- 2° de minimumnormen voor de exploitatie van toeristische verblijven;
- 3° de criteria voor de classificatie van toeristische verblijven naargelang van de categorie;
- 4° het herkenningsteken dat wordt uitgereikt aan de exploitanten van toeristische verblijven;
- 5° de specifieke veiligheidsnormen voor toeristische verblijven;
- 6° het model van het veiligheidsattest;
- 7° de procedure voor de toekenning van een afwijking van de veiligheidsvoorschriften;
- 8° het legitimatiebewijs van de inspecteurs;
- 9° de termijn en de betalingswijze voor de administratieve geldboetes.

Art. 30. Opheffingsbepaling

Volgende regelingen worden opgeheven :

- 1° het decreet van 23 november 1992 betreffende de vakantiewoningen, gastenkamers en Bed and Breakfast;
- 2° het decreet van 9 mei 1994 over de logiesverstrekkende inrichtingen en hotelinrichtingen;
- 3° het decreet van 9 mei 1994 over het kamperen en de kampeerterreinen;
- 4° het decreet van 17 februari 2003 betreffende de erkenning en bevordering van de verfraaiingscomités, verenigingen voor het vreemdelingenverkeer en van de koepelverenigingen ervan, alsmede van de informatiebureaus en informatiepunten.

Art. 31. Overgangsbepaling

De subsidies die op grond van dit decreet moeten worden betaald, vervangen alle bedragen waarop de subsidieontvangers op grond van vroeger geldende subsidiëeringsprocedures recht hebben.

De voorwaarden vermeld in artikel 7, § 1, 7°, moeten uiterlijk op 1 januari 2022 vervuld zijn.

Art. 32. Inwerkingtreding

Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2017.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 23 januari 2017.

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) *Zitting 2016-2017.*

Parlementaire stukken : 147 (2016-2017), nr. 1. Ontwerp van decreet.

147 (2016-2017), nrs. 2-4. Voorstellen tot wijziging.

147 (2016-2017), nr. 5. Verslag.

Integraal verslag : 23 januari 2017, nr. 35. Bespreking en aanneming.